

11.25

Abgeordnete Eva-Maria Himmelbauer, BSc (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es uns heute bei dieser Novelle? – Es geht uns darum, systematisch Maßnahmen zu setzen, um die finanzielle Situation von Studierenden zu verbessern; systematisch deshalb, weil seit 2014 Schritt für Schritt mit Fokus auf bestimmte Personengruppen – beispielsweise Studierende mit Kindern oder Studierende aus kinderreichen Familien – das Studienförderungsgesetz angepasst wurde.

Heute stehen ältere Studierende im Zentrum unserer Überlegungen, das heißt Studierende ab 27 Jahren, und ihre Lebensrealität. Passend dazu – und das wurde schon angesprochen – haben wir im Ausschuss den Bericht zur sozialen Lage der Studierenden behandelt.

Ich möchte zwei Punkte herausgreifen, die im Zuge dieser Novelle natürlich auch relevant sind. Zum einen hat dieser Bericht gezeigt, dass der Anteil jener, die erst zu einem späteren Zeitpunkt in ein Studium einsteigen, also nicht unmittelbar nach der Matura oder dem Präsenzdienst, steigt. Das ist in meinen Augen nichts Schlechtes. Wer sagt, dass man unmittelbar nach der Matura oder dem Präsenzdienst ein Studium beginnen muss? Vielmehr glaube ich, dass durch den späteren Einstieg die Entscheidung viel bewusster getroffen wird. Dadurch entstehen neue Perspektiven, neue Ausbildungswege, die man angehen möchte, oder der bereits eingeschlagene berufliche Weg wird durch ein Studium ergänzt oder sogar gefestigt.

Das ist in meinen Augen auch ein Zeichen für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, eigentlich eine Stärke unseres österreichischen Bildungssystems. Aber natürlich bedeutet das auch, dass es Einschnitte gibt, beispielsweise weil einem die Familienbeihilfe nur bis zum 24. Lebensjahr zusteht.

Zum anderen möchte ich auch die Erwerbstätigkeiten neben dem Studium ansprechen, was ein Thema war. Es wurde schon angesprochen, 61 Prozent der Studierenden arbeiten regelmäßig oder zumindest zeitweise neben dem Studium. Das ist ein Rückgang von 2 Prozent im Vergleich zum letzten Erfassungszeitraum. Auch das sehe ich nicht als schlecht an, sofern es nicht dem Abschluss oder dem Erfolg des Studiums im Wege steht, denn eine berufliche Tätigkeit ermöglicht zum einen, das Erlernte mit der Praxis zu verknüpfen, und zum anderen, ins spätere Berufsfeld hineinzuschnuppern.

Die Vereinbarkeit von beruflichen Tätigkeiten mit dem Studium war ein wichtiges Thema, das hat sich auch in dem Bericht gezeigt, und daher sehe ich es auch als richtig an, dass wir da auf zwei Ebenen ansetzen: zum einen das Angebot an berufsbegleitenden Studien zu erhöhen, um somit auch der Lebensrealität von Studierenden entgegenzukommen, und zum anderen die finanzielle Situation von Studierenden so weit zu verbessern – mit zielgerichteten Beihilfen, Stipendien et cetera –, dass der Fokus auch wirklich beim Studieren liegen kann.

Zu Letzterem – das sehen wir heute in der Novelle mit den Änderungen –: Für die älteren Studierenden gibt es konkrete Maßnahmen. Beihilfeempfänger über 27 Jahren, die bei den Eltern wohnen, werden zukünftig die höchstmögliche Studienbeihilfe bekommen. Die Anrechnung des Freiwilligen Sozialjahrs war schon ein wichtiges Thema; ich glaube, das ist auch relevant, um dem Ehrenamt die Anerkennung entgegenzubringen, die es verdient. Auch die Kostenzuschüsse für die Kinderbetreuung sind jetzt gesetzlich verankert.

Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass im derzeitigen System der Studienförderung weitere Schritte notwendig sind. Klar muss aber auch sein, dass das nur unter Berücksichtigung der budgetären Möglichkeiten erfolgen kann. Daher ist das von Wissenschaftsminister Mitterlehner angekündigte Strategiepapier Strategie zur sozialen Dimension sehr zu begrüßen – dieses wird für Herbst vorbereitet und bietet eine Grundlage für die Erhöhung und Verbreiterung der Beihilfe –, ebenso das Commitment, sich bei der nächsten Budgetverhandlung für zusätzliche Mittel einzusetzen, um das auch möglich zu machen. Somit ist das heute ein weiterer wichtiger Schritt in eine gute Richtung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

11.29

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Kucher. – Bitte.